

22.11.95

Wi - U

Antrag

**des Landes
Baden-Württemberg**

**Entschließung des Bundesrates zur Novellierung des Strom-
einspeisungsgesetzes**

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Stuttgart, den 20. November 1995

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsident
Dr. Edmund Stoiber

Sehr geehrter Herr Präsident,

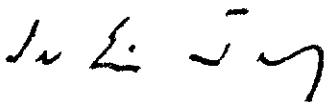
die Landesregierung von Baden-Württemberg hat beschlossen, dem Bundesrat
den in der Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates zur Novellierung
des Stromeinspeisungsgesetzes

zuzuleiten.

Ich bitte, gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Bundesrates die Beratung
des Entschlieungsantrags in den Ausschüssen zu veranlassen.

Mit freundlichen Grüßen



A n l a g e

**Entschließung des Bundesrates zur Novellierung des Strom-
einspeisungsgesetzes**

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, durch eine Änderung des Stromeinspeisungsgesetzes bei einer Novellierung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Länder Aufsichtsmaßnahmen zur Durchsetzung des Stromeinspeisungsgesetzes treffen können und die Nichteinhaltung des Stromeinspeisungsgesetzes als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann.

Begründung:

Das Stromeinspeisungsgesetz beschränkt sich auf eine Abnahme- und Preisregelung, enthält jedoch keinerlei Ermächtigung der Behörden zu Aufsichtsmaßnahmen und auch keinen Ordnungswidrigkeitentatbestand bei Verstößen der aufnehmenden Energieversorgungsunternehmen gegen ihre Verpflichtungen.

Der Bundesrat hält es für geboten, die Grundlagen für ein staatliches Eingreifen zugunsten der Einspeiser bei Nichtbeachtung der Einspeise- und Vergütungsregelungen zu schaffen. Unter dem Gesichtspunkt des sachlichen Bezugs und der gebotenen baldigen Umsetzung bietet sich eine Regelung im Stromeinspeisungsgesetz selbst an.

Eine Regelung im Energiewirtschaftsgesetz würde schon wegen der notwendigen Einordnung in den sonstigen Novellierungsbedarf zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen führen. Die Bundesregierung wird jedoch aufgefordert, bei der Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes auch die Aufsichts- und Eingriffsbefugnisse gegenüber den Energieversorgungsunternehmen neu zu regeln.